

Schulgeldfreiheit | 16.12.2021 | Nr. 354/21

Katja Rathje-Hoffmann: TOP 25: Alle Möglichkeiten ausschöpfen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

Über die Wichtigkeit der Arbeit der Menschen in den Gesundheitsfachberufen brauchen wir uns hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag nicht zu streiten.

Jede und jeder weiß, dass nach Unfällen und operativen Eingriffen die Rehabilitation und die Mobilisierung genauso wichtig ist, wie der Eingriff selbst.

Und wir alle wissen auch, dass es oft sehr schwer ist, geeignete Praxen und passende Termine zu erhalten, um möglichst schnell in Behandlung zu kommen. Bei

- Physiotherapeuten
- Ergotherapeutinnen
- Logopäden
- Medizinische Masseurinnen
- Medizinische Bademeisterinnen
- Podologinnen

Dazu haben wir uns bereits 2018 hier im Plenum beraten. Bei der Ausbildung zu Gesundheitsfachberufen gab es bis dahin strukturelle Ungleichheiten und damit einen erheblichen Nachbesserungsbedarf.

Deswegen haben wir das monatlich von den Auszubildenden zu zahlende Schulgeld abgeschafft.

Das Land hat seitdem diese Geldleistung übernommen, auch weil sich bereits zeigte, dass die Anzahl der Auszubildenden stetig zurückging und sich ein Fachkräftemangel in diesem wichtigen Berufszweig anbahnte.

Die dazugehörige Richtlinie sollte bis Ende 2021 gelten, in der hoffnungsvollen Voraussicht, dass der Bund hier tätig werden wollte.

Es war laut Koalitionsvertrag des Bundes geplant, das Schulgeld für Auszubildende in den Gesundheitsfachberufen abzuschaffen.

So war es im Koalitionsvertrag angekündigt: Ich Zitiere:

„Wir wollen das Schulgeld abschaffen, so wie es bei den Pflegeberufen bereits beschlossen wurde.“

Darin waren wir uns einig, nur umgesetzt wurde das leider von der GroKo nicht.

Wir werden die Auszubildenden hier jedoch nicht im Regen stehen lassen. Das Land wird die entsprechende Richtlinie verlängern und im Landeshaushalt 2022 weitere 426.700,- Euro für die Förderung der Gesundheitsfachberufe zur Verfügung stellen.

Allerdings verbunden mit der erneuten Hoffnung an die neue Ampel-Koalition in Berlin, nun endlich tätig zu werden und den Ankündigungen im Vertrag auch Taten folgen zu lassen.

Dort heißt es im Kapitel - Ausbildung:

„Vollzeitschulische Ausbildung muss vergütet und frei von Schulgeld sein.“

In Zeiten einer stetig anwachsenden Zahl von älteren Menschen in der Bundesrepublik, brauchen wir mehr Angebote und unterstützende Maßnahmen und Therapien – gerade in diesen Berufen.

Wir müssen uns anstrengen, diesem Fachkräftemangel entgegenzutreten. Auch durch die Festschreibung von qualitativen Standards in der fachlichen Berufsausbildung.

Deswegen bitten wir die Landesregierung, sich auf der Bundesebene für eine finanzielle Übernahme der Schulgeldfreiheit für die Gesundheitsfachberufe durch den Bund einzusetzen.

Und das so schnell wie möglich, auch im Sinne der Patientinnen und Patienten.

Der Bedarf nach therapeutischen Behandlungen und ebendiesen Fachleuten steigt seit vielen Jahren kontinuierlich.

Auch deswegen haben wir das Ziel Junge Leute für diese wichtige Tätigkeit echt zu begeistern.

Herzlichen Dank!